



# ÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN EINER EINHEITLICHEN TARIFBINDUNG IN DER M+E-INDUSTRIE

Gutachten im Auftrag  
der Forschungsstelle Tarifautonomie  
im Institut der deutschen Wirtschaft

## Impressum

© 2019

IW Consult GmbH

Konrad-Adenauer-Ufer 21

50668 Köln

Telefon: 0221 4981-758

[info@iwconsult.de](mailto:info@iwconsult.de)

[www.iwconsult.de](http://www.iwconsult.de)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Konrad-Adenauer-Ufer 21

50668 Köln

Telefon: 0221 4981-774

[welcome@iwkoeln.de](mailto:welcome@iwkoeln.de)

[www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

Autoren:

Manuel Fritsch

Prof. Dr. Galina Kolev

Bildnachweise

Titelseite: Freedomz / shutterstock.com

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>4</b>
Gesamtwirtschaftliches Modell .....	5
Impactanalyse auf Basis von Wertschöpfungsketten .....	6
Szenarienanalyse .....	6
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>8</b>
<b>2 Perspektive Gesamtwirtschaft</b> .....	<b>12</b>
2.1 Modellbeschreibung und Wirkungskanäle.....	12
2.2 Simulationsergebnisse .....	14
<b>3 Perspektive Unternehmerlandschaft</b> .....	<b>17</b>
3.1 Bedeutung des M+E-Mittelstands .....	18
3.2 Direkte Effekte in der Metall- und Elektro-Industrie .....	18
3.2.1 Arbeitzeiteffekt.....	19
3.2.2 Lohneffekt .....	20
3.2.3 Gesamteffekt.....	23
3.3 Indirekte Effekte auf die deutsche Wirtschaft.....	26
3.4 Gesamteffekte für die deutsche Wirtschaft .....	26
Literaturverzeichnis .....	29

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1 Entwicklung der Industrieproduktion und des Bruttoinlandsprodukts .....	14
Abbildung 3-1 Verteilung der Lohnquote im M+E-Mittelstand .....	21

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1 Auswirkung des Arbeitskostenanstiegs auf die deutsche Wirtschaft.....	16
Tabelle 3-1 Lohneffekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien .....	23
Tabelle 3-2 Gesamteffekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien.....	25
Tabelle 3-3 Gesamtwirtschaftlicher Effekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien .....	27

# Zusammenfassung

Der Tarifvertrag in der Metall- und Elektro-Industrie garantiert einheitliche, hochwertige Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie. Durch die mit dem Tarifvertrag verbundene Friedenspflicht können die Unternehmen im Gegenzug streik- und störungsfrei produzieren. Der Tarifvertrag soll hierbei eine zuverlässige Planungsgrundlage für Beschäftigte und Unternehmen bieten und wettbewerbsfähige Bedingungen für den Standort Deutschland garantieren. Die rückläufige Entwicklung der Tarifbindung im Mittelstand zeigt aber, dass die im Tarifvertrag ausgehandelten Konditionen für Lohn- und Arbeitszeitregelungen von einer steigenden Anzahl von mittelständischen Unternehmen nicht mehr garantiert werden können, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Trotzdem wird politisch darüber diskutiert, tarifliche Regelungen auf Tarifaußenseiter zu erstrecken, um auf diese Weise die Tarifbindung zu stärken. Solche Forderungen nach einer vollständigen Tarifbindung von 100 Prozent lassen außer Acht, dass es sich bei den Firmen, die sich an die Tarifvertragsregelungen binden, um eine Positivselektion wirtschaftlich besonders erfolgreicher Firmen handelt. Vor allem große Firmen aus kapitalintensiven Branchen binden sich aktuell an den ausgehandelten Tarifvertrag, während viele kleine und mittlere Unternehmen es sich zu den bestehenden Tarifkonditionen nicht leisten können, ihr Lohngefüge auf eine solch hohe Ebene zu stellen.

Die Effekte der Einführung einer solchen Tarifbindungspflicht sind mit großen Unsicherheiten verbunden. Als Primäreffekt würden die Arbeitskosten in den heute nicht tarifgebundenen Betrieben stark steigen. Dies könnte die Produktion vieler Betriebe am Standort Deutschland gefährden. Wie groß diese Effekte in der Praxis ausfallen werden, kann auf Basis der heutigen Erkenntnisse nicht exakt bestimmt werden. Ziel ist es vielmehr, den

Szenarien der Folgen einer solchen Tarifbindungspflicht zu bestimmen und wahrscheinliche Handlungspfade darzustellen. Die Studie soll entsprechend in verschiedenen hypothetischen Szenarien mögliche volkswirtschaftliche Effekte der Einführung eines flächendeckenden Tarifvertrags in der Metall- und Elektro-Industrie auf Basis der aktuell ausgehandelten Konditionen untersuchen.

## Gesamtwirtschaftliches Modell

Eine erste Abschätzung kann auf Basis einer makroökonomischen Simulation mit Hilfe des Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics getroffen werden. Das Modell berechnet kurzfristige sowie mittel- und langfristige Effekte einer Erhöhung der Arbeitskosten in der Industrie auf die deutsche Wirtschaft. Auf Basis der IMREG Studie zu den Effekten einer flächendeckenden Tarifbindung auf die Arbeitskosten wird mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Arbeitskosten von 8 Prozent in der Metall- und Elektro-Industrie gerechnet (IMREG, 2018). Dies hätte einen proportionalen Anstieg der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in Höhe von rund 6 Prozent zur Folge. Basierend auf dem Wertschöpfungsanteil der Industrie in Deutschland würden die durchschnittlichen Bruttogehälter um 1,2 Prozent angehoben. Auf Basis dieser Inputparameter würden sich die folgenden Effekte ergeben:

- ▶ Rückgang des BIP um etwa 1 Prozent nach fünf Jahren, mit leichter Erholung im Folgezeitraum.
- ▶ Rückgang der Industrieproduktion um etwa 1,8 bis 1,9 Prozent nach fünf Jahren ohne Erholungstendenzen in den Folgejahren.
- ▶ Erhebliche Verlangsamung der Exporttätigkeit durch reduzierte internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- ▶ Verlangsamung der Investitionstätigkeit in Anlageinvestitionen um 1,1 Prozent.
- ▶ Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung um 1 Prozent nach fünf Jahren und 1,8 Prozent nach 10 Jahren mit einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Das entspricht einem Beschäftigungsrückgang um über 450.000 Personen nach 5 Jahren und um fast 790.000 Personen nach 10 Jahren.

Die Analyse auf Basis des GEM liefert durchschnittliche Entwicklungen, die als Orientierungswerte genutzt werden sollten. Die Auswirkung einer flächendeckenden Tarifbindung auf die einzelnen Unternehmen dürfte teilweise erheblich von diesen mittleren Ergebnissen abweichen. Diese hängen von zahlreichen Faktoren wie Unternehmensgröße, der Preiselastizität der Nachfrage, sowie Lage des Marktsegments auf der Produktseite als auch auf der Arbeitsinputseite ab. Der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung liegt die Annahme zugrunde, dass sich die – je nach Betroffenheit durch den Lohnkostenschub – über- oder unterproportional starken Reaktionen der Arbeits- und Produktnachfrage in den einzelnen Firmen teilweise gegenseitig kompensieren.

Eine Ausdehnung der Tarifbindung trifft die Unternehmen jedoch abhängig von ihrer Größe in unterschiedlichem Maße. So sind größere Unternehmen grundsätzlich eher tarifgebunden als kleinere. Mittelständische Unternehmen sind deshalb stärker von den damit verbundenen Kostensteigerungen und den negativen Folgewirkungen auf Rendite, Investitionen und Beschäftigung betroffen. Im Folgenden sollen deshalb die Auswirkungen der Einführung eines flächendeckenden Tarifvertrags in allen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie genauer untersucht werden.

## Impactanalyse auf Basis von Wertschöpfungsketten

Die wirtschaftlichen Effekte einer Tarifbindungspflicht für die nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen lassen sich grob wie folgt umschreiben:

- ▶ Durch eine reduzierte wöchentliche Stundenzahl sinkt die Arbeitszeit je Beschäftigten. Kann diese Arbeitszeit nicht durch passende neue Arbeitskräfte ersetzt werden, gehen den Unternehmen Produktionskapazitäten verloren (Arbeitszeiteffekt).
- ▶ Durch die steigenden Personalkosten verlieren die Betriebe am Standort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit. Kann ein Unternehmen so nicht mehr rentabel am Standort Deutschland produzieren, wird es seine Produktion dort potenziell einstellen (Lohneffekt).

Auf Basis verschiedener amtlicher Datenquellen und öffentlicher Bilanzdaten der deutschen M+E-Unternehmen werden die direkten Effekte auf die M+E-Wirtschaft berechnet. Für die Berechnung der indirekten Hebelwirkungen auf die anderen Wirtschaftszweige in Deutschland werden etabliert Input-Output Rechnung genutzt, die auf aktuellen Daten zu Wertschöpfungsketten der OECD (2018) basieren.

## Szenarienanalyse

Die Effekte auf die M+E-Wirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft werden in verschiedenen Szenarien analysiert. Durch die wirtschaftlichen Verflechtungen wäre nicht nur die M+E-Wirtschaft, sondern auch die gesamte deutsche Wirtschaft von der Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie betroffen.

### Arbeitszeit-Szenario

Durch den Verlust an Arbeitszeit würden der Metall- und Elektro-Industrie Produktionskapazitäten in Höhe von 2,1 Prozent der gesamten Produktion verloren gehen. Besonders der Mittelstand wäre mit 3 Prozent seiner verfügbaren Arbeitszeit intensiv betroffen. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass kein Betrieb seine Produktion auf Basis der deutlich gestiegenen Kosten in Deutschland einstellen würde, hätte dies folgende wirtschaftliche Folgen:

- ▶ Rückgang der Wertschöpfung in der M+E-Wirtschaft um 9,4 Milliarden Euro.
- ▶ Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent.
- ▶ Rund 104.300 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben und bei Dienstleistern sind bedroht.

### Basisszenario

Das Basisszenario nimmt an, dass Betriebe der Metall- und Elektro-Industrie die heute schon Verluste schreiben, nach der drastischen Lohnkostenerhöhung nicht mehr in Deutschland produzieren könnten. Dies hätte in Kombination mit dem Arbeitszeiteffekt folgende Auswirkungen:

- ▶ 20 Prozent der Betriebe im Mittelstand geben auf.
- ▶ Rund 350.000 Arbeitsplätze im M+E-Mittelstand entfallen.
- ▶ Rückgang der Wertschöpfung in der M+E-Wirtschaft um 36 Milliarden Euro.
- ▶ Rund 798.000 Arbeitsplätze in Deutschland sind gefährdet.
- ▶ Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent.

## DynamikszENARIO

Das DynamikszENARIO nimmt zusätzlich zum Basisszenario an, dass M+E-Betriebe, die nach der Erhöhung der Lohnkosten Verluste verzeichnen müssen, nicht mehr in Deutschland produzieren könnten. Dies hätte in Kombination mit dem Arbeitszeiteffekt folgende Auswirkungen:

- ▶ 43 Prozent der Betriebe im Mittelstand geben auf.
- ▶ Rund 773.000 Arbeitsplätze im M+E-Mittelstand entfallen.
- ▶ Rückgang der Wertschöpfung in der M+E-Wirtschaft um 76 Milliarden Euro.
- ▶ Rund als 1,8 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind gefährdet.
- ▶ Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 3,8 Prozent.

## ExtremSzenario

Das Extremszenario bildet im Gegensatz zum Arbeitszeitszenario den anderen Extremfall ab, dass kein heute nicht tarifgebundenes Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie im Falle einer vollständigen Tarifbindung mehr in Deutschland produzieren wird. Das Szenario gibt insofern die heutige Bedeutung der nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen wieder. Diese stehen für:

- ▶ Rund 2,3 Millionen M+E-Beschäftigte, davon rund 1,9 Millionen im Mittelstand.
- ▶ Rund 166 Milliarden Euro Wertschöpfung direkt und 120 Milliarden Euro Wertschöpfung von Zulieferbetrieben und Dienstleistern.
- ▶ Rund 8,4 Prozent des BIP und 9,1 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland.



# 1 Einleitung

Die Metall- und Elektro-Industrie ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. So waren im Jahr 2018 in den Betrieben der Metall- und Elektro-Industrie<sup>1</sup> mehr als 4 Millionen Personen tätig, die mehr als 1.180 Milliarden Euro Umsatz generierten (IW Consult, 2019a). Sowohl Umsatz als auch Beschäftigung konnten in den letzten Jahren stetig gesteigert werden. So konnten seit dem Jahr 2010 mehr als 550.000 neue Beschäftigungsverhältnisse in den Betrieben der Metall- und Elektro-Industrie geschaffen werden. Ein wichtiger Faktor für den Erhalt der Industrie und ihre Investitionen in neue Arbeitsplätze in Deutschland stellen die industriellen Standortfaktoren dar. So sieht sich die deutsche Metall- und Elektro-Industrie einem harten Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten gegenüber. Die Bedingungen in Deutschland haben sich dabei in den letzten 10 Jahren im Vergleich zu den wichtigsten Wettbewerbsländern in einigen Bereichen tendenziell verschlechtert (IW Consult, 2019b). Zudem sind die Kostenstrukturen für die Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau. Deutschland gehört etwa bei den Arbeitskosten, den Energiekosten und bei der Steuerbelastung der Unternehmen im Ländervergleich zu den Standorten mit einer besonders hohen Belastung der Unternehmen. Insbesondere die Arbeitskosten liegen mit 43,42 Euro je Stunde um rund 75 Prozent über dem Mittelwert der in der Studie betrachteten Vergleichsländer auf einem absoluten Höchstwert. Bestimmte Wirtschaftszweige der Metall- und Elektro-Industrie, wie etwa der Fahrzeugbau, und besonders große Unternehmen haben dabei noch einmal höhere Personalkosten zu tragen. 80,6 Prozent der Unternehmen in der Metall- und Elektro-Industrie schätzen den Wettbewerbsdruck bei den Arbeitskosten heute als (eher) hoch ein (IW Consult, 2019b).

---

<sup>1</sup> Betriebe ab 20 Mitarbeiter der Wirtschaftszweige 24.3 bis 5, 25 bis 30, 32 und 33.

Für die Investitionen der Unternehmen am Standort Deutschland spielen nicht nur die Standortfaktoren heute, sondern auch die Planbarkeit und die Erwartungen zu den Standortfaktoren in der Zukunft eine wichtige Rolle. In diesem Zuge ist auch der Flächentarifvertrag in der Metall- und Elektro-Industrie von besonderer Bedeutung. Dieser soll den Unternehmen die Planungssicherheit geben, dass sich auch künftig die Arbeitskosten angemessen an der Produktivitätsentwicklung der Mitarbeiter der Metall- und Elektro-Industrie orientieren werden. Die Höhe der garantierten Leistungen im Tarifvertrag sollte die gestiegene mittlere Produktivität der Beschäftigten würdigen, ohne Betriebe mit geringerem Produktivitätswachstum vor solche Probleme zu stellen, die den Erhalt des Standorts als nicht mehr rentabel darstellen.

Dass diese Gleichung in den letzten Jahren vor allem für mittelständische Betriebe nur bedingt erfüllt werden konnte, legen die Zahlen zur Entwicklung des Tarifbindungsgrads in der Metall- und Elektro-Industrie nahe (IMREG, 2018). So hat sich der Anteil der Beschäftigten, welche in tarifgebundenen Betrieben tätig sind in den letzten 15 Jahren deutlich reduziert. Waren in den alten Bundesländern 1992 noch rund 69 Prozent der Beschäftigten in M+E-Betrieben mit Tarifbindung tätig, sank dieser Anteil 2017 auf 51 Prozent. In den neuen Bundesländern war der Rückgang sogar noch deutlich stärker. 1992 waren hier 63 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben tätig. 2017 lag der Anteil nur noch bei 17 Prozent (IMREG, 2018, 16). Vor allem kleinere Betriebe haben sich in den letzten Jahren vermehrt aus der Tarifbindung zurückgezogen. So waren 2014 nur 9 Prozent der Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten an den Tarifvertrag gebunden, Betriebe mit 500 oder mehr Beschäftigten dagegen zu über 60 Prozent. Grundsätzlich kann auf Basis der aktuell verfügbaren Zahlen festgestellt werden, dass kleine und mittlere Betriebe tendenziell seltener eine Tarifbindung aufweisen.

Ein möglicher Grund für die im Mittelstand geringer ausgeprägte Tarifbindung könnte in der höheren Personalkostenquote im Mittelstand liegen. So liegt die Personalkostenquote im Verarbeitenden Gewerbe bei Betrieben mit 20 bis 49 Mitarbeitern bei 25,2 Prozent des Produktionswerts, während Betriebe ab 500 Mitarbeitern nur noch 16,9 Prozent des Produktionswerts als Personalkosten aufwenden müssen (Destatis, 2018). Entsprechend stärker wirkt sich eine Lohnerhöhung auf die Preise der Produkte und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen aus.

Politische Forderungen, tarifliche Regelungen auf nicht tarifgebundene Firmen zu erstrecken, sind deshalb kritisch zu bewerten. Es wird bei solchen Überlegungen außer Acht gelassen, dass es sich bei den Firmen, die sich an die Tarifvertragsregelungen binden, potenziell um eine Positivselektion wirtschaftlich besonders erfolgreicher Unternehmen handelt. Es ist zu befürchten, dass es sich viele nicht tarifgebundene Unternehmen zu den bestehenden Tarifkonditionen nicht leisten können, ihre Produktion ohne Einschränkungen am Standort Deutschland aufrechterhalten zu können. Kommt es zu Produktionseinbußen, würden Arbeitsplätze verloren gehen.

Aktuelle Berechnungen auf Basis der Kostenstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass eine Ausweitung der Regelungen des Tarifvertrags auf alle Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie den Bruttostundenverdienst der Beschäftigten in den nicht tarifgebundenen Betrieben im Schnitt um 19 Prozent erhöhen würde (IMREG, 2018). In tarifungebundenen Betrieben mit einer Mitarbeiterzahl zwischen 50 und 249 Beschäftigten würden die Personalkosten sogar um 26 Prozent steigen. Insgesamt würden die Personalkosten in der gesamten Metall- und Elektro-Industrie<sup>2</sup> um 8 Prozent steigen. Besonders der Mittelstand wäre von einer solchen, politisch induzierten Veränderung stark betroffen. In den kleinen und mittleren Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie würde die Personalkostenquote an der Bruttowertschöpfung von aktuell 75 Prozent auf 89 Prozent steigen.

Neben einer Erhöhung der Personalkosten, hätte eine flächendeckende Einführung des Tarifvertrags nach aktuellen Regelungen zudem eine Reduzierung der Arbeitszeit der aktuellen Beschäftigten in den nicht tarifgebundenen Betrieben von durchschnittlich 4,2 Prozent zur Folge. Insgesamt würde sich die

---

<sup>2</sup> Das heißt im Durchschnitt der Beschäftigten in den von der Anpassung nicht betroffenen bereits tarifgebundenen Betrieben und der Beschäftigten in bisher nicht tarifgebundenen Betrieben.

durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Metall- und Elektro-Industrie somit um 2,1 Prozent reduzieren, was einem zusätzlichen Fachkräftebedarf von 78.000 Beschäftigten entsprechen würde. Auch in Bezug auf die Arbeitszeitregelungen wären kleine und mittlere Betriebe aufgrund der geringeren Tarifbindungsquote überproportional stark betroffen.

Eine kurzfristige Einführung einer Tarifbindungspflicht käme einem ökonomischen Schock für die Betriebe der Metall- und Elektro-Industrie ohne Tarifbindung gleich. So ist gerade in Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation in M+E-Berufen nicht mit einer zeitnahen Neubesetzung der ausgefallenen Arbeitszeit zu rechnen. Schon heute übersteigt die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften das Angebot an arbeitslosen M+E-Fachkräften deutlich. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2019) waren im Mai 2019 rund 164.300 offene Arbeitsstellen in M+E-Berufen gemeldet. Gleichzeitig waren nur rund 120.800 Personen mit einer entsprechenden Ausbildung arbeitslos gemeldet. Damit kommen auf jede unbesetzte Stelle in M+E-Berufen nur 0,74 potenzielle Bewerber.

Die Erhöhung der Personalkosten würde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Betriebe auswirken. So ist davon auszugehen, dass die Unternehmen aufgrund des Wettbewerbsdrucks höhere Kosten nicht oder nur in geringem Maße über höhere Güterpreise an ihre Kunden weitergeben können. Die Ergebnisse einer langjährigen Befragung von zum Großteil mittelständisch geprägten M+E-Betrieben im Norden Deutschlands zeigt, dass Kostensteigerungen nur in den seltensten Fällen in vollem Umfang durch Preiserhöhungen aufgefangen werden können. Nur gerundet 5 Prozent der befragten Unternehmen war dies möglich. 56 Prozent konnten Kostenerhöhungen nur teilweise an ihre Kunden weiterreichen, für 38 Prozent der Unternehmen war eine Überwälzung der gestiegenen Kosten auf die eigenen Preise gar nicht möglich (Nordmetall/AGV Nord, 2018).

Dieser Befund verdeutlicht, dass eine Erhöhung der Personalkosten sich mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auswirken würde. In der Mehrzahl der Fälle müsste die Kostensteigerung von den Betrieben selbst getragen werden. Im schlimmsten Fall würde das die Rentabilität der Betriebe so weit reduzieren, dass eine Verlagerung des Standorts ins Ausland oder gar eine Insolvenz des Unternehmens drohen würde.

Neben den direkt betroffenen nicht tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie hätte eine Pflicht zur Tarifbindung nach den heutigen Bedingungen zusätzlich eine disruptive Wirkung auf bestehende Wertschöpfungsketten, in die diese Unternehmen eingebunden sind. So wären durch eine reduzierte Nachfrage nach Vorleistungsprodukten der betroffenen M+E-Unternehmen auch deren Zulieferer betroffen, denen wichtige und etablierte Kunden ganz oder teilweise wegbrechen könnten.

Auch für die den M+E-Betrieben nachgelagerten Unternehmen könnten Vorleistungsprodukte eines wichtigen Lieferanten wegfallen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis, 2019a) wurden 2015 rund 31 Prozent der in Deutschland produzierten M+E-Güter<sup>3</sup> als Vorleistungen in anderen deutschen Betrieben weiterverarbeitet. Zudem waren rund 10 Prozent der produzierten M+E-Güter Ausrüstungen und Anlagen die als Investitionsgüter in anderen Betrieben in Deutschland genutzt wurden. Auch in den nachgelagerten Unternehmen der Wertschöpfungskette könnte ein Rückgang oder Ausfall der Produktion in den betroffenen M+E-Unternehmen somit negative Auswirkungen auf die Produktion induzieren.

Die nachfolgenden Analysen untersuchen den gesamtwirtschaftlichen Effekt einer Ausweitung der Tarifbindung auf die gesamte Metall- und Elektro-Industrie. Hierzu wird in einem ersten Schritt eine Einschätzung zur potenziellen Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Größen wie der Beschäftigung, der Exporte und dem Bruttoinlandsprodukt auf Basis eines etablierten makroökonomischen Simulationsmodells vorgenommen. Hierbei werden mögliche positive Effekte infolge steigender Einkommen der Beschäftigten genauso

---

<sup>3</sup> Klassifikation nach der Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (Statistical Classification of Products by Activity (CPA)) des Statistischen Bundesamtes. CPA Klassen 24.3 bis 30 sowie 32 und 33.

berücksichtigt wie der Anstieg der Lohnstückkosten. In einem zweiten Schritt werden die Wirkungszusammenhänge in der kurzen Frist auf Basis von Input-Output-Modellen modelliert. Zur Quantifizierung der direkten Effekte auf die Metall- und Elektro-Industrie werden neben den Ergebnissen der IMREG Studie und verschiedener amtlicher Daten auch die Mikrodaten aus öffentlich verfügbaren Unternehmensbilanzen herangezogen, um die Auswirkungen auf die M+E-Unternehmen möglichst detailliert analysieren zu können. Insbesondere die Effekte auf den Mittelstand in der Metall- und Elektro-Industrie werden genauer betrachtet, da dieser von einer solchen Verpflichtung besonders intensiv betroffen wäre.

# 2 Perspektive Gesamtwirtschaft

## 2.1 Modellbeschreibung und Wirkungskanäle

Die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer flächendeckenden Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie werden im nächsten Schritt im Rahmen von makroökonomischen Simulationen weiter untersucht. Die Simulationen werden mit Hilfe des Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics durchgeführt. Hierbei handelt es sich um ein empirisch und theoretisch fundiertes Modell, das die Wechselwirkungen zwischen mehr als 50 Ländern oder Regionen abbildet. Das Modell ist keynesianisch in der kurzen Frist, was eine hohe Bedeutung von nachfragegetriebenen Veränderungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung impliziert. Langfristig ist das Modell monetaristisch, sodass angebotsseitige Faktoren wie der verfügbare Kapitalstock, das Arbeitsangebot und die Produktivitätsentwicklung eine entscheidende Rolle spielen.

Eine flächendeckende Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie hätte einen Rückgang der Arbeitszeit und einen Anstieg der Lohnkosten zur Folge (IMREG, 2018). Im Folgenden wird ausschließlich der Lohnkosteneffekt simuliert, da sich die Verkürzung der Arbeitszeit in dem Modell nicht abbilden lässt. Die im Zuge einer potenziellen Ausweitung der Tarifbindung auf die gesamte Metall- und Elektro-Industrie zu erwartenden kurzfristigen

Erstrunden-Effekte des Anstiegs der Lohnstückkosten auf die deutsche Wirtschaft kommen im verwendeten Modell über zwei Kanäle zustande – über die Nachfrageseite und über die Angebotsseite der Ökonomie.

- ▶ Zum einen könnte sich ein kurzfristiger positiver Effekt auf der Nachfrageseite der Ökonomie ergeben, denn die steigenden Arbeitskosten gehen mit einer Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und somit mit einem Anstieg der privaten Konsumausgaben einher. Der Anstieg fällt bei den Realeinkommen aber geringer aus als bei den Nominaleinkommen, da höhere Arbeitskosten auch zu höheren Preisen führen.
- ▶ Zum anderen verschlechtern die steigenden Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft gegenüber ausländischen Anbietern, was einen Rückgang der Exporte mit sich bringt. Hierbei wird angenommen, dass die gestiegenen Produktionskosten gemäß der vorherrschenden Marktbedingungen beziehungsweise der im Modell unterstellten, empirisch ermittelten langfristigen Zusammenhänge auf die Güterpreise teilweise überwältigt werden können. Damit verbunden ist auch ein nachfragebedingter Rückgang der Wertschöpfung sowie der Arbeitsnachfrage.

Die sich in der ersten Runde ergebenden Veränderungen werden mittelfristig im Rahmen des makroökonomischen Multiplikatorprozesses verstärkt. So gehen die steigenden Konsumausgaben mit einem weiteren Anstieg der Einkommen aus der Produktion einher, was einen weiteren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit sich bringt. Das Gegenteil wird aufgrund des Rückgangs der Exporte beobachtet.

Die mittel- bis langfristigen Effekte einer potenziellen Ausweitung der Tarifbindung ergeben sich ebenfalls über zwei Wirkungskanäle – über die Veränderung der Investitionstätigkeit beziehungsweise des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks und über die Veränderung der Arbeitsmarktbedingungen.

- ▶ Die Änderung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (und damit verbunden auch der Nachfragestruktur) hat wichtige Implikationen für das Investitionsverhalten inländischer Unternehmen. Dieses hängt im Modell entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung (gemessen am BIP), von der Rendite der Investitionen und von den Kreditmarktbedingungen ab. Diese Faktoren werden durch die steigenden Arbeitskosten und Einkommen beeinflusst, wobei teilweise gegenläufige Effekte eintreten, die sich im Zeitverlauf verändern. Tendenziell sollte es aber zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit kommen, vor allem weil die Wirtschaftsentwicklung in der Gesamtbetrachtung gedämpft wird (s.u.) und höhere Kosten die Investitionsrendite beeinträchtigen.
- ▶ Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeit sinkt durch die höheren Arbeitskosten. Dabei spielt auch die Einbuße an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure eine Rolle. Da es sich um eine dauerhafte Erhöhung der Arbeitskosten handelt, verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der deutschen Hersteller gegenüber ausländischen Konkurrenten langfristig. Damit geht auch ein Rückgang der Arbeitsnachfrage einher.
- ▶ Das Arbeitsangebot wird vor allem über die Änderung der Einkommen in der Volkswirtschaft beeinflusst. Zunehmende Einkommen gehen in der langen Frist mit einer geringeren Partizipationsrate einher, sodass das Arbeitsangebot in der mittleren und langen Frist zurückgeht. Das Wachstum des Potentialoutputs wird somit durch zunehmende Einkommen gebremst.

Da im Rahmen des GEM keine Modellierung der Arbeitskosten für die einzelnen Branchen möglich ist, wird eine Erhöhung der Lohnstückkosten des Verarbeitenden Gewerbes unterstellt, um die Effekte der flächendeckenden Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie abzubilden. Eine explizite Auswirkung auf die Produktivität wird hierbei nicht modelliert. Die Produktivität wird durch die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie des Arbeitseinsatzes maßgeblich beeinflusst. Es findet somit eine endogene Anpassung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts an die neue Situation statt, die die Produktivitätsentwicklung mit beeinflusst.

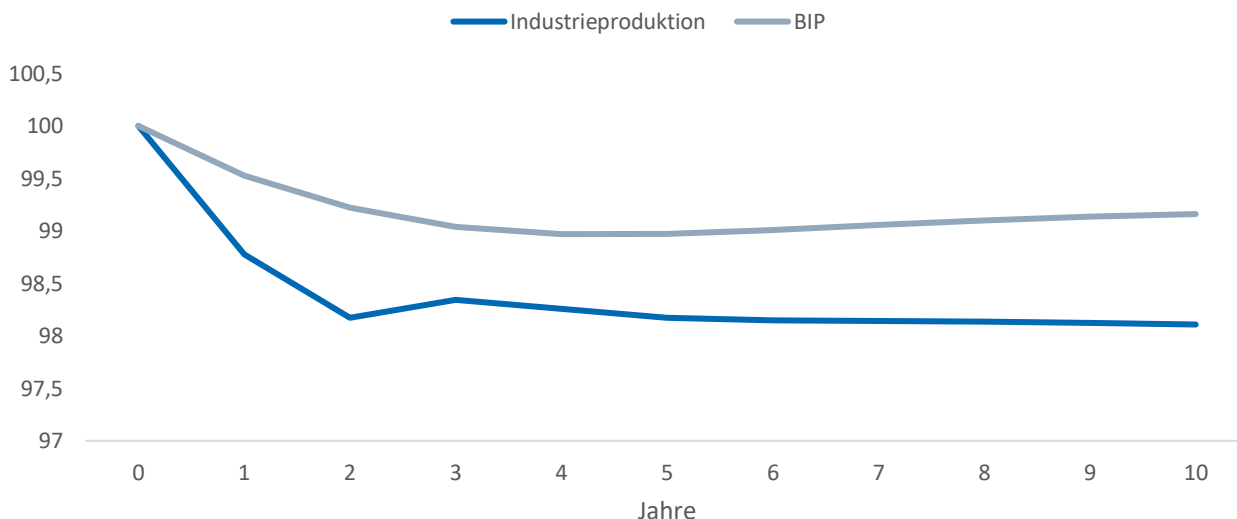
## 2.2 Simulationsergebnisse

Die Simulationen im GEM zu den Auswirkungen einer Tarifbindungsausweitung werden folgendermaßen operationalisiert. In einem ersten Schritt wird der Anstieg der Arbeitskosten in der Metall- und Elektro-Industrie, der gemäß der IMREG-Studie auf etwa 8 Prozent beziffert wurde, in einen proportionalen Anstieg der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in Höhe von 6 Prozent umgerechnet. Da das Verarbeitende Gewerbe deutlich mehr als ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausmacht, werden im zweiten Schritt die Bruttogehälter um 1,2 Prozent angehoben, um die Effekte der flächendeckenden Tarifbindung auf der Einkommensseite zu erfassen. Im Modelljargon wird dabei von einem Arbeitskostenschock gesprochen. Weiterhin wird eine exogene Geldpolitik unterstellt, sodass die Europäische Zentralbank bei ihrem ursprünglich geplanten geldpolitischen Kurs bleibt und keine Anpassung aufgrund der Veränderungen in Deutschland vornimmt.

Die Simulationsergebnisse liefern eindeutige Hinweise auf eine Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den im Zuge einer flächendeckenden Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie unterstellten Anstieg der Arbeitskosten. Abbildung 2-1 stellt die Entwicklung der Industrieproduktion sowie des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland für die zehn Jahre nach dem Eintreten des simulierten Schocks dar. Bereits nach drei bis vier Jahren hat sich der mittel- bis langfristige Effekt eingestellt. Beim BIP ist von einem Rückgang um etwa 1 Prozent in preisbereinigter Rechnung nach fünf Jahren auszugehen, was einem Betrag von etwa 33 Milliarden Euro in Preisen des Jahres 2010 entspricht. Nach dem Ablauf der beobachteten zehn Jahre lässt sich eine leichte Erholung beobachten, der Abstand zur Entwicklung im Basisszenario bleibt aber mit knapp 28 Milliarden Euro beachtlich. Bei der Industrieproduktion liegt die Abweichung vom Basisszenario bei 1,8 bis 1,9 Prozent. Der Effekt lässt selbst nach zehn Jahren nicht nach.

### Abbildung 2-1 Entwicklung der Industrieproduktion und des Bruttoinlandsprodukts

Simulationsrechnung mit dem GEM; Prozent des Werts im Basisszenario; preisbereinigt



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft; Oxford Economics

Neben der Industrieproduktion zeigt sich die negative Auswirkung des Arbeitskostenanstiegs auch anhand weiterer gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen. Tabelle 2-1 bietet einen Überblick über die Größenordnung der zu erwartenden Effekte. Die nachfrageseitigen Auswirkungen sind folgendermaßen einzuordnen:

- ▶ Die gestiegenen Arbeitskosten verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hersteller im internationalen Vergleich, was zu einer erheblichen Verlangsamung der Exporttätigkeit führt.
- ▶ Die Entwicklung der Importe liegt ebenfalls unterhalb des Niveaus im Basisszenario. Zwar steigt die Attraktivität ausländischer Waren aufgrund der gestiegenen Arbeitskosten im Inland. Doch aufgrund der Vernetzung der deutschen Produktionsstrukturen mit anderen Ländern über Vorleistungen erfährt die Nachfrage nach Importprodukten insgesamt einen Dämpfer, auch wenn dieser betragsmäßig kleiner ausfällt als bei der Exportentwicklung. Damit sinken der Außenhandelssaldo und somit der Beitrag des Außenhandels zum BIP-Wachstum.
- ▶ Die gesunkene gesamtwirtschaftliche Dynamik geht auch mit einer Verlangsamung der Investitionstätigkeit einher. Die Anlageinvestitionen liegen um 1,1 Prozent unter dem Wert im Basisszenario und der Rückgang bleibt selbst nach zehn Jahren weiter bestehen.

Von der Entstehungsseite der gesamtwirtschaftlichen Leistung her betrachtet zeigen sich folgende Auswirkungen:

- ▶ Die Implikationen der gestiegenen Arbeitskosten auf die Beschäftigung sind wie erwartet negativ. Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sinkt um 2,2 Prozent nach fünf Jahren im Vergleich zum Basisszenario. Der Effekt verstärkt sich im Zeitverlauf, sodass nach zehn Jahren sogar von einem Rückgang in Höhe von 2,8 Prozent auszugehen ist. Insgesamt gehen über 200.000 Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe durch die flächendeckende Tarifbindung in der Metall- und Elektro-Industrie verloren. Dabei wurde ein Anstieg der Lohnstückkosten von 6 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe unterstellt wird.
- ▶ Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung liegt nach zehn Jahren um 1,8 Prozent unter dem Niveau im Basisszenario, was auch einen entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenquote gegenüber dem Basisszenario impliziert.
- ▶ Der Effekt breitet sich über negative Spillover-Effekte auf die Gesamtwirtschaft aus – zum einen aufgrund der Verflechtung im Industrie-Dienstleistungsverbund, zum anderen aufgrund der gesunkenen wirtschaftlichen Dynamik insgesamt.
- ▶ Die Bruttowertschöpfung liegt im Verarbeitenden Gewerbe um 1,9 Prozent unter dem Basiswert nach zehn Jahren, im Dienstleistungsbereich ist ein Rückgang um 0,5 Prozent gegenüber dem Basisszenario zu verzeichnen.



**Tabelle 2-1 Auswirkung des Arbeitskostenanstiegs auf die deutsche Wirtschaft**

Abweichung vom Basisszenario in Prozent (bei der Beschäftigung in Anzahl von Personen, bei der Arbeitslosenquote in Prozentpunkten)

	Nach 5 Jahren	Nach 10 Jahren
BIP	-1,0	-0,8
Industrieproduktion	-1,8	-1,9
Exporte	-1,8	-1,6
Importe	-0,7	-0,4
Anlageinvestitionen	-1,1	-1,1
Bruttowertschöpfung Verarbeitendes Gewerbe	-2,1	-1,9
Bruttowertschöpfung Dienstleistungen	-0,7	-0,5
Beschäftigungsrückgang	-455.000	-788.000
Arbeitslosenquote	1,0	1,8
Beschäftigung Verarbeitendes Gewerbe	-2,2	-2,8
Verbraucherpreisindex	0,8	0,1
Lohnstückkosten Verarbeitendes Gewerbe (gesetzte Annahme)	6,0	6,0

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft; Oxford Economics

# 3 Perspektive

## Unternehmerlandschaft

Die Analyse im vorliegenden Abschnitt stellt eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung dar und liefert somit durchschnittliche Entwicklungen als Orientierungswerte. Die Auswirkung einer flächendeckenden Tarifbindung auf die einzelnen Unternehmen dürfte teilweise erheblich von den Ergebnissen dieses Abschnitts abweichen. Diese hängen von zahlreichen Faktoren ab, wie der Unternehmensgröße, der Preiselastizität der Nachfrage nach den hergestellten Produkten, der Lage des Marktsegments sowohl auf der Produktseite als auch auf der Arbeitsinputseite etc. Der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung liegt die Annahme zugrunde, dass eine ähnliche Veränderung in allen Unternehmen zu erwarten ist. Über- oder unterproportional starke Reaktionen der Arbeits- und Produktnachfrage in den einzelnen Unternehmen kompensieren sich dabei gegenseitig. Implizit wird unterstellt, dass bei vergleichbarer Betriebsgrößenstruktur zwischen der Metall- und Elektro-Industrie und dem Rest des Verarbeitenden Gewerbes die Simulationen im GEM für das Verarbeitende Gewerbe repräsentativ für die Metall- und Elektro-Industrie sind. Da es technisch nicht möglich ist, diese Annahme auf den Prüfstand zu stellen, sind die Ergebnisse eher als Orientierungswerte zu interpretieren.

Darüber hinaus sprechen auch weitere Gründe dafür, neben der gesamtwirtschaftlichen Ebene einen genaueren Blick in die heterogenere Unternehmenslandschaft zu werfen. Denn eine Ausdehnung der Tarifbindung trifft die Unternehmen abhängig von ihrer Größe in unterschiedlichem Maße. So sind größere Unternehmen grundsätzlich eher tarifgebunden als kleinere. Soweit eine Erweiterung der Tarifbindung auf die bislang nicht gebundenen

Unternehmen wie erwartet mit einer Erhöhung der Arbeitskosten einhergeht, sind kleinere Unternehmen damit stärker von den damit verbundenen Kostensteigerungen und den negativen Folgewirkungen auf Rendite, Investitionen und Beschäftigung betroffen. Da größere Unternehmen im Rahmen von etablierten Wertschöpfungsketten in der Regel Vorleistungen von kleineren Unternehmen nutzen, hat eine Ausdehnung der Tarifbindung möglicherweise auch Auswirkungen auf die firmenübergreifende Arbeitsteilung und die Wettbewerbsfähigkeit der größeren Unternehmen.

Im Folgenden sollen deshalb die Auswirkungen der hypothetischen Einführung eines flächendeckenden Tarifvertrages in allen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie genauer untersucht werden. Da mittelständische Unternehmen von einer solchen Umstellung besonders stark betroffen wären, ist hierfür zunächst eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstands in der Metall- und Elektro-Industrie nötig.

### 3.1 Bedeutung des M+E-Mittelstands

Die 25.235 Betriebe der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland haben im Jahr 2018 über 4 Millionen Jobs direkt garantiert. Berücksichtigt man in der breiteren Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die gesamte M+E-Wirtschaft<sup>4</sup> so arbeiten rund 4,7 Millionen Erwerbstätige in der deutschen M+E-Wirtschaft. Diese erwirtschaftete 2018 direkt rund 463 Milliarden Euro Wertschöpfung und damit rund 15,5 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Die Metall- und Elektro-Industrie ist dabei sowohl von großen Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten als auch von einer großen Anzahl an mittelständischen Betrieben geprägt. So entfallen auf die Betriebe bis 499 Beschäftigte der Metall- und Elektro-Industrie (Destatis, 2019c)

- ▶ 36,4 Prozent des Umsatzes,
- ▶ 42,7 Prozent der gezahlten Entgelte,
- ▶ 52,3 Prozent der Beschäftigten,
- ▶ 95,1 Prozent der Betriebe.

Geht man nun davon aus, dass sich die Verteilung der Wertschöpfung zwischen mittelständischen M+E-Unternehmen und Großunternehmen ähnlich verteilt wie die gezahlten Entgelte<sup>5</sup>, so entfallen rund 197 Milliarden Euro Wertschöpfung auf die mittelständische M+E-Wirtschaft.

### 3.2 Direkte Effekte in der Metall- und Elektro-Industrie

Durch die Einführung eines flächendeckenden Tarifvertrags in allen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie käme es zu zwei unmittelbaren Effekten:

- ▶ Einer Reduzierung der verfügbaren Arbeitszeit je Mitarbeiter
- ▶ Einer Erhöhung der Entgeltkosten der Unternehmen, welche direkt auf die Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wirkt.

---

<sup>4</sup> Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheiden nicht nach Betriebsgrößenklassen und werden detailliert nur auf der Zweisteller-Ebene der Definition der Wirtschaftszweige ausgewiesen. In diesem Fall werden in diesem Bericht also die Wirtschaftszweige 24.3 bis 30 sowie 32 und 33 für alle Betriebsgrößenklassen als Untersuchungsgegenstand herangezogen und als M+E-Wirtschaft bezeichnet.

<sup>5</sup> Die Bruttowertschöpfung eines Unternehmens besteht zentral aus dem gezahlten Entgelt an die Mitarbeiter plus die Abschreibungen des Unternehmens zuzüglich des Gewinns oder Verlust vor Steuern (EBIT). Die Personalkosten machen dabei mit rund 72 Prozent den größten Anteil an der Wertschöpfung aus. Zwar liegt der Anteil der Personalkosten bei größeren M+E-Unternehmen tendenziell etwas niedriger als bei kleinen Unternehmen (IMREG, 2018), jedoch sollte die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigte Gruppe der Unternehmen unterhalb von 20 Mitarbeitern diesen Faktor bei der Bestimmung der Anteilswerte an der M+E-Wirtschaft wieder ausgleichen.

Beide Effekte müssen bei der Analyse der direkten Auswirkungen auf die Metall- und Elektro-Industrie berücksichtigt werden. Die mit einer Lohnerhöhung verbundenen Einkommenseffekte, die sich positiv auf die branchenspezifische Nachfrage auswirken können, lassen sich im Rahmen dieser Input-Output-Analyse nicht berücksichtigen.

### 3.2.1 Arbeitszeiteffekt

Eine Reduzierung der vertraglichen Arbeitszeit je Mitarbeiter hätte direkte Auswirkungen auf die Produktionskapazitäten der Metall- und Elektro-Industrie. So besitzen die Mitarbeiter der M+E-Betriebe wertvolles Know-how, das für die Herstellung der Produkte in den Betrieben essenziell ist. Durch den Wegfall der Arbeitszeit dieser Mitarbeiter wird die Produktionskapazität der Betriebe entsprechend reduziert, da diese nicht eins-zu-eins ersetzt werden kann. Hierfür gibt es verschiedene Gründe:

Gerade in kleinen Betrieben mit nur wenigen Mitarbeitern, würde die Reduzierung der Arbeitszeit der einzelnen Beschäftigten viele kleine Lücken im Betriebsablauf hinterlassen, die nur schwer von einem einzelnen neuen Beschäftigten aufgefüllt werden könnten.

Eine Substitution der Arbeitszeit durch einen höheren Einsatz des Faktors Kapital – etwa durch Investitionen in Maschinen und Technik oder das Outsourcing der Prozesse – ist vielfach nicht ohne Weiteres möglich. Gerade mittelständische Unternehmen haben ihre Prozesse so auf die verfügbaren Mitarbeiter und Ressourcen hin optimiert, dass ein Outsourcing bestimmter Tätigkeiten nur sehr schwer möglich sein sollte. Auch die Substitution von Arbeitsabläufen durch mehr automatisierte Prozesse bedarf im Zweifel einer Umstrukturierung des gesamten Produktionsprozesses in den Unternehmen, der gerade in der kurzen Frist kaum möglich sein sollte.

Die Akquise von neuen Arbeitskräften, welche den Wegfall des Arbeitszeitvolumens der bisherigen Beschäftigten kompensieren können, sollte sich ebenfalls als schwierig darstellen. So übersteigt die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen in M+E-Berufen die Zahl der Arbeitssuchenden M+E-Kräfte schon heute deutlich. Gerade in der kurzen Frist ist ein Ersatz der verlorenen Arbeitszeit über den Arbeitsmarkt nicht zu erwarten. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2019a) beträgt die durchschnittliche Vakanzzeit für die Einstellung eines Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über alle Berufsgruppen hinweg aktuell rund 5 Monate. Hinzu kommt, dass rund vier Fünftel der wegfallenden Arbeitszeit auf M+E-Fachkräfte entfällt, die vielfach speziell auf den jeweiligen Betrieb zugeschnittene Kompetenzprofile besitzen. Diese wurden vielfach über eine Ausbildung und/oder mehrjährige Arbeit im jeweiligen Betrieb erworben.

Daher ist davon auszugehen, dass der Verlust der Arbeitszeit nahezu vollständig auf die Produktion und Wertschöpfung der Metall- und Elektro-Industrie durchschlagen würde. Besonders stark wäre der Mittelstand getroffen. Während große Unternehmen etwa durch Outsourcing oder andere Umstrukturierungen einen gewissen Teil des Verlustes der Arbeitszeit auffangen könnten, haben mittelständische Unternehmen kaum Möglichkeiten, den Verlust der Arbeitszeit zu kompensieren. Gemäß den Berechnungen von IMREG (2018)<sup>6</sup> würde eine flächendeckende Anwendung der tarifvertraglichen Arbeitszeitregeln zu folgenden Verlusten an Produktion und Wertschöpfung in der M+E-Wirtschaft führen:

- ▶ Mittelstand: – 3,0 Prozent,
- ▶ Großunternehmen: – 1,0 Prozent,
- ▶ Insgesamt: – 2,1 Prozent.

---

<sup>6</sup> Die Effekte für den Mittelstand und die Großunternehmen wurden in der Studie von IMREG (2018) nicht explizit ausgewiesen, sondern durch mit der Zahl der Beschäftigten gewichtete Mittelwerte der in der Studie angegebenen Größenklassen errechnet.

Allein aufgrund des Arbeitszeiteffekts käme es zu einer Reduzierung der Wertschöpfung der deutschen Metall- und Elektro-Industrie in Höhe von rund 9,4 Milliarden Euro (463 Mrd. Euro x 0,021). Davon würden rund 5,9 Milliarden Euro auf den Mittelstand entfallen (197,1 Mrd. Euro x 0,03).

### 3.2.2 Lohneffekt

Eine flächendeckende Einführung der Bedingungen des Tarifvertrags in der Metall- und Elektro-Industrie hätte zudem – wie in Kapitel 1 beschrieben – den Effekt eines Lohnschocks auf die nicht tarifgebundenen Unternehmen und würde deren Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit deutlich reduzieren. Dies könnte gerade für weniger renditestarke Unternehmen die Verlagerung des Standorts in das Ausland oder sogar die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bedeuten.

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes (Destatis, 2019b) waren 2018 insgesamt 725 Insolvenzverfahren in M+E-Branchen gemeldet. Rund 14.000 Arbeitnehmer waren in diesen Unternehmen tätig. Ein insolventes Unternehmen hatte im Schnitt also 19 Beschäftigte. Dies zeigt, dass insbesondere kleine Betriebe im letzten Jahr von einer Insolvenz betroffen waren. Gemessen an den Kennzahlen der Metall- und Elektro-Industrie entsprechen die Insolvenzmeldungen in den M+E-Branchen rund 2,9 Prozent der Betriebe der Metall- und Elektro-Industrie<sup>7</sup>. Jedoch entfällt nur ein kleiner Teil der Insolvenzmeldungen auf Industriebetriebe. Von den Insolvenzverfahren in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes betrafen nur rund ein Drittel Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeiter. Nimmt man an, dass diese Quoten auch für die Branchen der Metall- und Elektro-Industrie relevant sind, wären 2018 trotz der allgemein noch guten Konjunkturlage knapp 1 Prozent der M+E-Betriebe von einer Insolvenz betroffen gewesen.

Nach Umfrageergebnissen des Ifo-Instituts (Gesamtmetall, 2019) mussten 10,7 Prozent der M+E-Unternehmen 2018 eine negative Nettoumsatzrendite also einen Verlust nach Steuern verzeichnen. In den Vorjahren lag der Anteil mit 11,7 Prozent 2017 und rund 15 Prozent 2016 sogar noch höher. Diese deutlich höheren Anteile im Vergleich zu der Insolvenzquote verdeutlichen, dass eine negative Umsatzrendite nicht direkt mit einer Insolvenz des Unternehmens verbunden sein muss. Langfristig muss ein Unternehmen jedoch profitabel sein, um sich am Markt zu behaupten.

Um die Effekte eines Lohnschocks insbesondere auf die mittelständischen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie ableiten zu können, muss ermittelt werden, wie sich die Erhöhung der Lohnkosten auf den Gewinn der Unternehmen auswirken würde. Es wird dabei angenommen, dass sich die Verteilung der Nettowertschöpfung, als der Summe aus Gewinn vor Steuern (EBIT) und Entgelten, sich zugunsten der Entgeltzahlungen verschiebt. Wie bereits erwähnt, lassen sich lohnpolitisch induzierte Einkommenseffekte, die zu einer höheren Nachfrage führen können, nicht berücksichtigen. Außerdem wird angenommen, dass die Lohnerhöhung keinen Einfluss auf die Produktivität hat. Würde die Produktivität positiv beeinflusst, fiel der Anstieg der Lohnstückkosten entsprechend geringer aus. Nach den Berechnungen der IMREG Studie – auch hier wird kein Einfluss der Lohnerhöhung auf die Produktivität berücksichtigt – steigt der Anteil der Löhne an der Nettowertschöpfung im Mittelstand der Metall- und Elektro-Industrie von durchschnittlich 82 Prozent auf rund 95 Prozent. Im Mittel würde den Unternehmen also noch ein kleiner Gewinn verbleiben. Da die Gewinne aber naturgemäß ungleich unter den einzelnen Unternehmen verteilt sind, würde eine Steigerung der Lohnquote um 13 Prozentpunkte eine signifikante Anzahl an Unternehmen in die Verlustzone bringen.

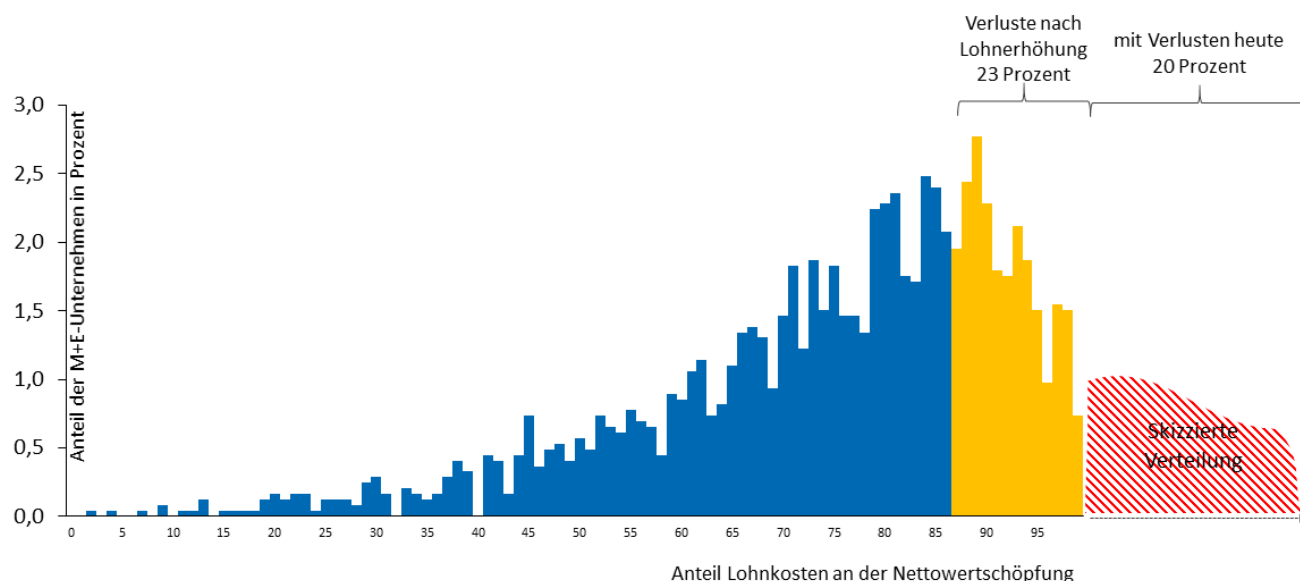
---

<sup>7</sup> Der Anteil der Unternehmen aus der Metall- und Elektro-Industrie, d.h. mit mindestens 20 Mitarbeitern ist vermutlich deutlich geringer. Die Insolvenzstatistik erfasst auch das Handwerk mit Unternehmen ohne Angestellte und solchen mit mindestens einem Mitarbeiter.

Um den Anteil der Unternehmen zu ermitteln, die durch einen Lohnschock in die Verlustzone rutschen würden, wurden die Bilanzzahlen von 2.456 Mittelständischen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie analysiert.<sup>8</sup> Abbildung 3-1 gibt die Verteilung der Lohnquote an der Nettowertschöpfung der M+E-Unternehmen mit einem dokumentierten Jahresgewinn größer als Null wieder. Es zeigt sich, dass 23 Prozent der M+E-Unternehmen eine Lohnquote von 87 Prozent und mehr besitzen. Unter der Annahme, dass die Lohnquote sich in allen Unternehmen um 13 Prozentpunkte erhöht, würden alle diese Unternehmen im Falle einer vollständigen Tarifbindung in die Verlustzone geraten.<sup>9</sup>

### Abbildung 3-1 Verteilung der Lohnquote im M+E-Mittelstand

M+E-Unternehmen bis 499 Mitarbeiter und einem positiven Vorsteuerergebnis (EBIT)



Lesebeispiel: 2,8 Prozent der M+E-Unternehmen besitzen eine Lohnquote von 87 Prozent

Dargestellt sind alle M+E-Unternehmen mit veröffentlichten Bilanzdaten, welche eine positive Nettowertschöpfung ausweisen

Quellen: Bureau van Dijk (2019); Institut der deutschen Wirtschaft; eigene Berechnungen

Aus den Bilanzzahlen ergibt sich, dass 20 Prozent der mittelständischen Firmen Verluste schreiben (Vergleiche Fn 9). Bei einer Erhöhung der Lohnquote um 13 Prozentpunkte würde der Anteil des M+E-Mittelstands in der Verlustzone von 20 auf 43 Prozent ansteigen. Damit würden fast 30 Prozent (Anteil der 23 Prozent Unternehmen, die durch den Anstieg der Lohnquote in die Verlustzone geraten, an den 80 Prozent Unternehmen, die vor dem Anstieg der Lohnquote schwarze Zahlen schrieben) der aktuell noch profitabel wirtschaftenden Unternehmen des Mittelstandes in die Verlustzone rutschen. Noch schlimmer würde es solche mittelständischen Unternehmen treffen, die schon auf Basis des aktuellen Lohnniveaus nicht profitabel wirtschaften können. Diese wären besonders stark davon bedroht, ihre Tätigkeit (am Standort Deutschland) aufgeben zu müssen. Auch für Unternehmen, welche dann noch ein positives Jahresergebnis aufweisen, würde sich die Attraktivität des Standorts deutlich reduzieren.

Geht man davon aus, dass die bereits wirtschaftlich angeschlagenen rund 20 Prozent der M+E-Unternehmen aus dem Markt ausscheiden würden (Basisszenario, Tabelle 3-1) und diese Firmen eine für einen außertarifliches M+E-Betrieb durchschnittliche Bruttowertschöpfung erwirtschafteten, würde sich die Wertschöpfung des M+E-

<sup>8</sup> Berücksichtigt wurde dabei der jeweils letzte verfügbare Unternehmensabschluss seit dem Jahr 2015.

<sup>9</sup> In den erfassten Unternehmensbilanzen liegt ein negatives Vorsteuerergebnis (EBIT) in rund 20 Prozent der Fälle vor. Dieser Wert liegt etwas oberhalb des vom Ifo-Instituts in den letzten Jahren erfassten Anteils der Unternehmen mit einem Verlust nach Steuern. Dies könnte auch darin begründet liegen, dass Unternehmen, die aus dem Markt ausscheiden, in ihrer letzten Bilanz mit hoher Wahrscheinlichkeit einen negativen EBIT aufweisen werden. Solche Unternehmen sind in der Bilanzdatenbank mit ihrem letzten Jahresabschluss noch vertreten.

Mittelstands unmittelbar um 23,4 Milliarden Euro verringern<sup>10</sup>. Für weitere 23 Prozent des Mittelstandes, die nicht mehr rentabel wirtschaften könnten (DynamikszENARIO, Tabelle 3-1), würde sich ebenfalls die Frage des Weiterbetriebs ihres Unternehmens am Standort stellen. Würden diese Unternehmen ebenfalls aufhören, in Deutschland zu produzieren, hätte dies einen Rückgang der Wertschöpfung im Mittelstand um insgesamt 50,3 Milliarden Euro zur Folge.

In einem dritten Extremszenario wird angenommen, dass durch den Lohnschock alle bisher nicht tarifgebundenen Betriebe nicht mehr wettbewerbsfähig am Standort Deutschland produzieren können. Dies würde nach Angaben der IMREG-Studie rund 80 Prozent der Mittelständischen Betriebe betreffen. Da vor allem besonders kleine Betriebe betroffen wären, würde sich die Zahl der Beschäftigten im M+E-Mittelstand um rund 68 Prozent reduzieren. In diesem Extremszenario würde sich die Wertschöpfung im M+E-Mittelstand um insgesamt 117 Milliarden Euro reduzieren.

Auch für große, bisher außertariflich aktive Unternehmen würde eine Bindung an bestehende Tarifbedingungen einen schweren Einschnitt in der eigenen Kostenstruktur bedeuten. Betrachtet man die letzten veröffentlichten Bilanzdaten großer, deutscher M+E-Unternehmen, so weisen hier rund 18 Prozent einen Vorsteuerverlust auf. Es ist jedoch aufgrund der relativ hohen Tarifbindungsquote der Betriebe unklar, ob es sich hierbei um Unternehmen mit oder ohne Tarifbindung handelt. Deshalb wird im Basisszenario nur ein geringfügiger Effekt von 3,3 Prozent der Wertschöpfung der großen M+E-Unternehmen unterstellt. Dieser Wert ergibt sich unter der Annahme, dass der Anteil der Unternehmen mit negativem EBIT unter tarifgebundenen und nicht-tarifgebundenen Betrieben gleichverteilt ist. Es haben demnach 18 Prozent der nicht-tarifgebundenen Firmen einen negativen EBIT. Diese Unternehmen stehen für rund 22 Prozent der Beschäftigten und approximativ 18,3 Prozent der gezahlten Entgelte. Unterstellt man, dass der Entgeltanteil auch dem Wertschöpfungsanteil entspricht, gehen  $0,18 \times 0,183 = 3,3$  Prozent an Wertschöpfung verloren. Dies würde einem Rückgang der Wertschöpfung in Höhe von 8,8 Milliarden Euro entsprechen. Im DynamikszENARIO wiederum wird angenommen, dass unter den heute nicht rentabel agierenden 18 Prozent der Großunternehmen vor allem nicht tarifgebundene M+E-Betriebe zu finden sind oder nach einer entsprechenden Lohnerhöhung sich wiederfinden würden<sup>11</sup>. Dies würde zu einem Rückgang der Wertschöpfung um 24,1 Milliarden Euro führen.

Würden alle nicht-tarifgebundenen M+E-Betriebe ab 500 Mitarbeitern im Extremszenario ihren Standort in Deutschland aufgeben, hätte dies einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen um rund 22,2 Prozent zur Folge. Rund 36,4 Prozent der heutigen Betriebe wären betroffen. Hierdurch würde die Wertschöpfung in den Großunternehmen der M+E-Wirtschaft um rund 48,7 Milliarden Euro sinken.

---

<sup>10</sup> Die im folgenden ausgewiesenen Wertschöpfungsanteile berücksichtigen bei der Berechnung der Wertschöpfung in den OT-Betrieben neben den Beschäftigungsanteilen der OT-Betriebe der jeweiligen Größenklassen auch die in der IMREG Studie angegebenen Stundenlöhne je Größenklasse. Kombiniert man diese Werte mit den Angaben der IMREG Studie zur Anzahl der Beschäftigten in OT-Betrieben je Größenklasse erhält man einen Anteil der Wertschöpfung der OT-Betriebe in Höhe von 59,4 Prozent an der Wertschöpfung des M+E-Mittelstandes. Die im Basisszenario ausgewiesenen 23,4 Milliarden Euro ergeben sich aus der Wertschöpfung des M+E-Mittelstandes (197 Mrd. €) x 20 Prozent der M+E-Unternehmen x 59,4 Prozent der Wertschöpfung in mittelständischen OT-Betrieben.

<sup>11</sup> Dies würde rund der Hälfte der heute außertariflichen M+E-Betriebe entsprechen.

**Tabelle 3-1 Lohneffekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien**

M+E-Wirtschaft

Verlust an...

	Basisszenario	Dynamikszenario	Extremszenario
<b>Betriebe in Prozent</b>			
Mittelstand	20,0	43,0	79,9
Großunternehmen	6,6	18,0	36,4
Gesamt	19,7	42,5	79,0
<b>Wertschöpfung in Mrd. Euro</b>			
Mittelstand	23,4	50,3	117,0
Großunternehmen	8,8	24,1	48,7
Gesamt	32,2	74,4	165,8

Quellen: Bureau van Dijk (2019); Institut der deutschen Wirtschaft; IMREG (2018), Destatis (2019d); eigene Berechnungen

Tabelle 3-1 fasst die Lohneffekte in den drei unterschiedlichen Szenarien zusammen. Insgesamt würde so durch den Lohnschock in den aktuell nicht tarifgebundenen Betrieben der M+E-Wirtschaft zwischen 7,0 Prozent und 35,8 Prozent der direkten Wertschöpfung in der Metall- und Elektro-Industrie verloren gehen. In Kapitel 3.2.3 werden die bislang isoliert berechneten Arbeitszeit- und Lohneffekte zusammengeführt.

### 3.2.3 Gesamteffekt

Lohn- und Arbeitszeiteffekt der Einführung der flächendeckenden Tarifbindung können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. So besteht teilweise die Möglichkeit, den durch reduzierte Arbeitszeiten generierten Mehrbedarf an Beschäftigten in den weiter am Markt tätigen Unternehmen durch freigestellte Arbeitskräfte der nicht mehr am Markt oder in Deutschland aktiven Unternehmen zu ersetzen. Der Gesamteffekt ist daher kleiner als die Summe aus Arbeitszeiteffekt und Lohneffekt. Für die Neubeschäftigung der freigestellten Arbeitnehmer gibt es jedoch verschiedene Hürden, die verhindern, dass dies bei einem Großteil der Betroffenen erfolgt.

- ▶ Rund 20,9 Prozent der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Metall- und Elektro-Industrie waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2019b) im September 2018 mindestens 55 Jahre alt. Diese Personen sind vermutlich stark an ihrem jetzigen Wohn- und Arbeitsort verwurzelt und somit potenziell eher weniger bereit, für die letzten Jahre vor dem Rentenbeginn noch einmal umzuziehen.
- ▶ Bei den meisten der in der Metall- und Elektro-Industrie tätigen Personen handelt es sich um spezialisierte Fachkräfte. Nur 20 Prozent des zusätzlichen Fachkräftebedarfs durch eine Arbeitszeitreduktion in den nicht tarifgebundenen Betrieben betrifft ungelernte oder angelernte Beschäftigte (IMREG, 2018). Zudem sind die Tätigkeiten und Kompetenzen der M+E-Fachkräfte je nach Arbeitsbereich und Branche stark unterschiedlich ausgeprägt. Ob eine spezialisierte Fachkraft im Bereich Metallerzeugung die Arbeit einer Fachkraft aus dem Bereich der Elektronik ohne Weiteres übernehmen kann, ist fraglich.
- ▶ Zudem spielt auch bei jüngeren Beschäftigten die Flexibilität hinsichtlich Wohn- und Arbeitsort eine Rolle. Ob eine freigestellte Fachkraft im Norden Deutschlands kurzfristig den Bedarf im Süden Deutschlands oder umgekehrt abdecken könnte, ist unsicher. Zudem ist der Tarifbindungsgrad der Beschäftigten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen besonders niedrig. Sachsen-Anhalt und Thüringen zählen dabei zu den Bundesländern die in den letzten Jahren statistisch deutlich mehr Fortzüge als Zuzüge registrieren mussten. Hinzu kommt, dass die Metall- und Elektro-Industrie – insbesondere der Mittelstand – stark in ländlichen



Regionen vertreten ist. Zwar zeigen die Ergebnisse des M+E-Strukturberichts (IW Consult, 2018), dass von der Metall- und Elektro-Industrie verschiedene positive Effekte auf die regionale Standortqualität auf Kreisebene ausgehen (etwa Arbeitslosenquote, Erwerbsbeteiligung und Wirtschaftskraft). Jedoch haben Betriebe in ländlichen Regionen es teilweise immer noch schwer, Arbeitnehmer von ihrem Standort zu überzeugen.

- ▶ Zudem besteht das Problem, dass insbesondere in kleinen Betrieben, der Ausfall der Arbeitszeit nicht durch die Einstellung einer einzelnen Person für die verschiedenen Aufgaben ausgeglichen werden kann. Es kann erschwerend angenommen werden, dass kleine Unternehmen aufgrund ihrer geringeren Sichtbarkeit und des durchschnittlich niedrigeren Lohnniveaus größere Probleme bei der Akquise von neuen Arbeitskräften besitzen als dies bei großen Unternehmen der Fall ist.

Aus diesen Daten abgeleitet ergeben sich in den drei Szenarien folgende Annahmen über Substitutionseffekte hinsichtlich der durch den Arbeitszeiteffekt ausgefallenen Arbeitsstunden und der durch den Lohneffekt zusätzlich verfügbaren Arbeitskräfte auf die Wertschöpfung, die den Arbeitszeiteffekt wie folgt reduzieren:

Basisszenario:

- 2,1 Prozent \* 0,80 (Anteil noch aktiver Arbeitsplätze in OT-Betrieben) \* 0,5 (Anteil nicht ersetzter Stellen)  
= -0,84 Prozent

DynamikszENARIO:

- 2,1 Prozent \* 0,56 (Anteil noch aktiver Arbeitsplätze in OT-Betrieben) \* 0,2 (Anteil nicht ersetzter Stellen)  
= -0,24 Prozent

ExtremSzenario:

- 2,1 Prozent \* 0 (Anteil noch aktiver Arbeitsplätze in OT-Betrieben)  
= -0 Prozent

Im Basisszenario können demnach rund 50 Prozent der Arbeitszeit durch neue Fachkräfte ersetzt werden. Da aufgrund der Aufgabe des Produktionsstandorts in Deutschland verschiedene Stellen gar nicht mehr besetzt werden müssen, sinkt der reine Arbeitszeiteffekt auf 0,8 Prozent der Wirtschaftsleistung der M+E-Wirtschaft. Nimmt man auch hier wieder an, dass der Anteil an Unternehmen, die Verluste machen, unter den tarifgebundenen und nicht-tarifgebundenen Unternehmen gleichverteilt sind, sinkt der Anteil noch aktiver Arbeitsplätze im DynamikszENARIO weiter, während das Potenzial an Fachkräften durch die verstärkte Aufgabe von Arbeitsplätzen weiter steigt. Im ExtremSzenario sind dagegen nur noch Unternehmen am Markt aktiv, die bereits vorher eine Tarifbindung besaßen. Entsprechend sinkt der Arbeitszeiteffekt auf null, da keinerlei Produktion in den aktuell nicht tarifgebundenen Unternehmen mehr stattfindet. Dadurch entfällt auch ein möglicher Substitutionseffekt. Die Substitutionseffekte belaufen sich in absoluten Zahlen auf insgesamt rund 39.000 Beschäftigte im Basisszenario und 62.400 Beschäftigte im DynamikszENARIO.

Auf Basis der beiden Effekte ergeben sich die in Tabelle 3-2 dargestellten Gesamteffekte auf die M+E-Wirtschaft in Deutschland.

**Tabelle 3-2 Gesamteffekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien**

M+E-Wirtschaft

Verlust an...

	Basisszenario	DynamikszENARIO	Extremszenario
<b>Betriebe in Prozent</b>			
Mittelstand	20,0	43,0	79,9
Großunternehmen	6,6	17,0	36,4
Gesamt	19,7	42,5	79,0
<b>Erwerbstätige</b>			
Mittelstand	350.135	773.004	1.913.870
Großunternehmen	68.243	192.468	414.470
Gesamt	418.379	965.471	2.328.340
<b>Wertschöpfung in Mrd. Euro</b>			
Mittelstand	25,1	50,8	117,0
Großunternehmen	11,0	24,7	48,7
Gesamt	36,1	75,5	165,8

Quellen: Bureau van Dijk (2019); Institut der deutschen Wirtschaft; IMREG (2018); Destatis (2019d), eigene Berechnungen

Insgesamt würden im Basisszenario auf Basis des Lohneffekts rund 19,7 Prozent der Betriebe der M+E-Wirtschaft wegfallen. Vor allem der Mittelstand wäre hiervon bereits im Basisszenario stark betroffen. Dies würde zu einem Rückgang der Wertschöpfung von insgesamt 36,1 Milliarden Euro auf Basis des Lohn- und Arbeitszeiteffekts führen. Die Zahl der Arbeitsplätze, die im Basisszenario hierdurch verloren gehen könnten, basiert ebenfalls auf einer Kombination des Lohneffekts und des Arbeitszeiteffekts. Da durch die reduzierte Arbeitszeit der Beschäftigten jedoch eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften entstehen würde, ist der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen prozentual nicht so hoch wie der Rückgang der Wertschöpfung. Dennoch würde auch bei den Beschäftigten der Lohneffekt deutlich überwiegen, was zu einem Arbeitsplatzverlust von rund 418.000 Personen führen würde.

Im DynamikszENARIO, das von einer deutlich stärkeren Abwanderung der deutschen M+E-Unternehmen geprägt wäre, verstärken sich die Auswirkungen des Lohneffekts. Insgesamt würde sich die Wertschöpfung der M+E-Wirtschaft um 75,5 Milliarden Euro verringern. In diesem Szenario wären nicht nur der Mittelstand, sondern auch die bisher nicht tarifgebundenen Großunternehmen massiv von Abwanderungstendenzen betroffen. Eine solche Entwicklung würde zu einem Nettoabbau von rund 965.000 Arbeitsplätzen in der M+E-Wirtschaft führen. Zwar würden durch den Arbeitszeiteffekt in den verbliebenen Unternehmen einige neue Stellen geschaffen. Die Abwanderung von Unternehmen, die sich die deutlich gestiegenen Lohnkosten nicht mehr leisten könnten, würde diesen Effekt jedoch weit mehr als überkompensieren.

Die Ergebnisse des Extremszenarios unterstreichen vor allem die Bedeutung der nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen für die deutsche Wirtschaft. Insgesamt stehen diese Unternehmen für rund 166 Milliarden Euro Wertschöpfung und 2,3 Millionen Arbeitsplätze. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass ein Lohnschock gerade in einer kurzen Frist alle Unternehmen zur Aufgabe ihres Produktionsstandorts veranlassen würde, so besitzt eine solch deutliche Erhöhung der Arbeits- und Produktionskosten auch langfristig doch ein signifikantes Bedrohungspotenzial für die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland.

### 3.3 Indirekte Effekte auf die deutsche Wirtschaft

Die Bedeutung der deutschen Metall- und Elektro-Industrie geht deutlich über die Kennzahlen der eigenen Wertschöpfung und Beschäftigung hinaus. M+E-Unternehmen sind ein wichtiger Abnehmer von Vorleistungsprodukten und Dienstleistungen anderer Branchen in Deutschland. Über indirekte Vorleistungseinkäufe und induzierte Lohneffekte sicherte die M+E-Wirtschaft 2017 insgesamt rund 756 Milliarden Euro Wertschöpfung in Deutschland und 9,4 Millionen Arbeitsplätze (IW Consult, 2018). Diese Werte entsprechen rund 25,7 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und 21,2 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Die heute nicht tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie besitzen dabei eine ähnliche Multiplikatorwirkung wie die gesamte M+E-Wirtschaft. Da die Anteile der nicht tarifgebundenen Unternehmen an den einzelnen Wirtschaftszweigen der M+E-Wirtschaft unterschiedlich stark ausgeprägt sind, werden die Effekte im Folgenden auf Basis aktuell verfügbarer Daten der Input-Output-Rechnung (OECD, 2018) neu berechnet.<sup>12</sup> Da die nicht tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie auch in signifikantem Ausmaß Vorleistungen von tarifgebundenen Unternehmen beziehen, ist der indirekte Effekt der OT-Unternehmen im Verhältnis zu den Kennzahlen der gesamten M+E-Branche höher.

Insgesamt sorgen die nicht tarifgebundenen M+E-Betriebe durch den Einkauf von Vorleistungen für eine indirekte Wertschöpfung von weiteren 120 Milliarden Euro. An der damit verbundenen Produktion hängen weitere rund 1,7 Millionen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland<sup>13</sup>. Diese wären durch die Einführung einer flächendeckenden Tarifbindungspflicht in Gefahr (Extremszenario).

In dem unwahrscheinlichen Fall, dass keines der heute außerbetrieblichen Unternehmen seinen Produktionsstandort im Zuge der verpflichtenden Tarifbindung überdenkt, würde nur der Arbeitszeiteffekt indirekt auf die deutsche Wirtschaft wirken. In diesem Fall würde sich die Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft, außerhalb der heute nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen, um 5,5 Milliarden Euro verringern. Rund 104.300 Jobs wären hiervon negativ betroffen.

Entsprechend größer wären die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, wenn M+E-Betriebe aus dem Markt ausscheiden würden. So summiert sich der indirekte Effekt im Basisszenario bereits auf 26,2 Milliarden Euro und 380.000 Erwerbstätige. In einem Dynamikscenario mit hoher Abwanderungsquote der M+E-Betriebe lägen die indirekten Effekte sogar bei 54,8 Milliarden Euro und rund 795.000 Erwerbstätigen in den anderen Betrieben außerhalb der aktuell nicht tarifgebundenen M+E-Betriebe.

### 3.4 Gesamteffekte für die deutsche Wirtschaft

Die Ergebnisse aus der Unternehmensperspektive zeigen, dass durch den ökonomischen Schock einer flächendeckenden Tarifbindung ein großes Risiko für den deutschen Wirtschaftsstandort entstehen würde. Hiervon wären nicht nur die heute außertariflich wirtschaftenden M+E-Betriebe betroffen, sondern die gesamte M+E-Wirtschaft und verschiedenste Zulieferindustrien und Dienstleistungsunternehmen in Deutschland. Je nachdem wie die nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen auf die – mit einer verpflichtenden Tarifbindung

---

<sup>12</sup> Zu den Lieferverflechtungen der heute nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen im Vergleich zu den tarifgebundenen M+E-Unternehmen liegen keine eigenen Daten vor. Es wird deshalb im Folgenden angenommen, dass tarifgebundene und nicht tarifgebundene Unternehmen in den einzelnen Wirtschaftszweigen der Metall- und Elektro-Industrie eine vergleichbare Vorleistungsstruktur besitzen.

<sup>13</sup> Die Input-Output Analyse berücksichtigt keine Anpassungsreaktionen in den Wertschöpfungsketten. So besteht in einzelnen Lieferbetrieben in der Praxis die Möglichkeit die ausgefallene Nachfrage der M+E-Betriebe durch andere Kunden zu substituieren. Da ein Großteil der indirekten Wertschöpfung und Beschäftigung auf Dienstleistungsunternehmen entfallen, deren Leistungsangebot verstärkt von inländischer Nachfrage abhängt, ist zu erwarten, dass diese die ausfallende Nachfrage nicht ohne weiteres durch M+E-Kunden aus dem Ausland ersetzen könnten.

verbundenen – Erhöhung der Arbeitskosten reagieren würden, wäre ein deutlicher Verlust der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Deutschland mit dieser Entscheidung verknüpft.

**Tabelle 3-3 Gesamtwirtschaftlicher Effekt einer flächendeckenden Tarifbindung nach Szenarien**

M+E-Wirtschaft

Verlust an...

	Arbeitszeiteffekt	Basisszenario	DynamikszENARIO	Extremszenario
<b>Erwerbstätige</b>				
M+E-Mittelstand	0	350.135	773.004	1.913.870
M+E-Großunternehmen	0	68.243	192.468	414.470
Indirekte Effekte	104.322	380.025	795.562	1.746.615
Gesamt	104.322	798.404	1.761.033	4.074.955
<b>Wertschöpfung in Mrd. Euro</b>				
M+E-Mittelstand	5,9	25,1	50,8	117,0
M+E-Großunternehmen	3,5	11,0	24,7	48,7
Indirekte Effekte	7,2	26,2	54,8	120,2
Gesamt	16,6	62,3	130,3	286,0

Quellen: Bureau van Dijk (2019); Institut der deutschen Wirtschaft; IMREG (2018); Destatis (2019d); OECD (2018); eigene Berechnungen

Tabelle 3-3 fasst die Ergebnisse aus direkter und indirekter Wirkung nach Szenarien auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland zusammen. Am geringsten wären die wirtschaftlichen Folgen noch im unwahrscheinlichen Szenario des reinen Arbeitszeiteffekts. Dieses nimmt an, dass außer der verringerten Produktionskapazität aufgrund der niedrigeren Arbeitszeit der Beschäftigten keine weiteren Umwälzungen in der M+E-Branche stattfinden würden. Demnach würde die Wertschöpfung in Deutschland um 16,6 Milliarden Euro sinken. Rund 104.300 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben wären gefährdet. Dies entspricht rund 0,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung 2018 und 0,2 Prozent der Erwerbstätigen Deutschlands. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass alle heute nicht tarifgebundenen M+E-Betriebe die signifikanten Mehrkosten der Tarifvertragsregeln nach heutiger Ausgestaltung finanzieren könnten.

Eine ebenfalls unwahrscheinliche Gegenrechnung stellt das Extremszenario dar. Hierbei wird angenommen, dass alle nicht tarifgebundenen Unternehmen den Standort aufgeben würden und nur noch die heutigen M+E-Betriebe, die bereits in der Tarifbindung aktiv sind, am Standort Deutschland verbleiben würden. In diesem Fall würde die Wertschöpfung in Deutschland um 286 Milliarden Euro sinken. Mehr als 4 Millionen Jobs wären gefährdet. Dies würde rund 9,1 Prozent der Beschäftigten in Deutschland entsprechen.

Deutlich wahrscheinlicher sind die Ergebnisse der beiden mittleren Szenarien. So geben im Basisszenario, die heute nicht gewinnbringend wirtschaftenden nicht tarifgebundenen M+E-Unternehmen den Standort Deutschland auf. Vor allem mittelständische Unternehmen wären hier vielfach betroffen. Hierdurch würde sich die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung um 62,3 Milliarden Euro verringern. Rund 798.000 Arbeitsplätze in Deutschland würden verloren gehen. Dies entspricht rund 1,7 Prozent der gesamten Wertschöpfung Deutschlands und der Erwerbstätigen. Die Ergebnisse des Basisszenarios liegen somit in einer vergleichbaren Größenordnung wie Berechnungen des Global Economic Model. Die relativ höheren Effekte auf die Wertschöpfung im Vergleich zu den Beschäftigungseffekten, können dabei unter anderem damit erklärt werden, dass im GEM nur das Verarbeitende Gewerbe als Ganzes betrachtet werden kann, das Input Output Modell aber die M+E-Wirtschaft betrachtet. Da die Wertschöpfung je Beschäftigten in der M+E-Wirtschaft höher liegt als im

Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sind vor allem die direkten Effekte auf die nationale Wertschöpfung im betrachteten Modell höher. Zudem werden im GEM-Modell Anpassungsreaktionen hinsichtlich der Produktivität der Beschäftigten durch eine Lohnerhöhung modelliert.

Das DynamikszENARIO trägt dagegen der Bedeutung von Unternehmen als gewinnbringend wirtschaftende Einheit Rechnung. So scheiden in diesem Szenario nicht nur bereits heute unwirtschaftlich arbeitende nicht tarifgebundene M+E-Unternehmen aus dem Markt aus, sondern auch all die Unternehmen, die durch die Kostenerhöhung in die Verlustzone rutschen würden. Dies hätte zur Folge, dass 130 Milliarden Euro Wertschöpfung in Deutschland verloren gehen würden. Rund 1,8 Millionen Arbeitsplätze wären betroffen. Dies entspricht 3,8 Prozent der Wertschöpfung Deutschlands und 3,9 Prozent aller Erwerbstätigen.

Welche Szenarien sich bei einer tatsächlichen Einführung einer verpflichtenden Tarifbindung in Deutschland realisieren würden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. So könnten verschiedene Anpassungsreaktionen der Unternehmen, die in den Modellen nicht berücksichtigt werden, zu abweichenden Folgen für die deutsche Wirtschaft führen. Die berechneten Werte geben jedoch eine gute Vorstellung über die Dimensionen, die hinter der Forderung einer flächendeckenden Tarifbindung nach heutigen Konditionen stehen würden.

## Literaturverzeichnis

Bundesagentur für Arbeit, 2019a, Gemeldete Arbeitsstellen (Monatszahlen), Mai 2019

Bundesagentur für Arbeit, 2019b, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008, Stand September 2018

Bureau van Dijk, 2019, Dafne Unternehmensdatenbank

Destatis, 2018, Fachserie 4 Reihe 4.3 – Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Wiesbaden

Destatis, 2019a, Fachserie 18 Reihe 2 – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Input-Output-Rechnung 2015

Destatis, 2019b, Fachserie 2 Reihe 4.1 – Unternehmen und Arbeitsstätten: Insolvenzverfahren 2018

Destatis, 2019c, Sonderauswertung Industriestatistik nach Größenklassen

Destatis, 2019d, Fachserie 18 Reihe 1.4 – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung, Stand April 2019

Gesamtmetall – Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie, 2019, Gewinne in der Metall- und Elektro-Industrie, Verschiedene Jahrgänge

IMREG, 2018, Folgen von flächendeckend tarifgleichen Arbeitsbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Metall- und Elektro-Industrie, Dresden (unveröffentlichtes Manuskript)

IW Consult, 2018, Fünfter Strukturbericht für die Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland, Gutachten im Auftrag von Gesamtmetall, Köln

IW Consult, 2019a, Sechster Strukturbericht für die Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland, Gutachten im Auftrag von Gesamtmetall, Köln

IW Consult, 2019b, Wettbewerber der deutschen Metall- und Elektro-Industrie, Gutachten im Auftrag von Gesamtmetall, Köln

Nordmetall / AGV Nord, 2018, Konjunkturumfrage Herbst 2018

OECD, 2018, Inter-Country-Input-Output Database